

## Wahlerklärung von Otto Mörke, 10. April 1938

"Zur Wahl vom 10. April 1938."

Obwohl es mir schwerfällt, mich an dieser Wahl überhaupt zu beteiligen, nachdem es bei der letzten Wahl vom 29. März 1936 offensichtlich nicht mit rechten Dingen zugeht, so möchte ich doch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, auch auf die Gefahr hin, dass diese Erklärung dieselbe Bewertung erfährt, wie seinerzeit die leeren Stimmzettel, und erkläre Folgendes:

Auf die 1. Frage: "Bist du mit der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden?" antworte ich mit ja.

Auf die 2. Frage: "Stimmst du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?" antworte ich mit nein.

Der Führer sagte in seiner Rede vom 18. vorigen Monats: "Das deutsche Volk soll in diesen Tagen noch einmal überprüfen, was ich mit meinen Mitarbeitern in den Jahren seit der ersten Wahl des Reichstags im März 1933 geleistet habe." Dieser Aufforderung des Führers gebe ich statt und komme nach gewissenhafter Überprüfung des vom Führer und seinen Mitarbeitern in den letzten 3 Jahren Geleisteten zu folgender Stellungnahme:

Vieles Große ist in dem genannten Zeitraum geleistet worden, besonders auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, wie es zuletzt noch vom Führer selbst in seiner Rede vom 20. Februar aufgezählt und aufgezeigt worden ist. Ich anerkenne das mit Dank gegen Gott. Aber daneben steht - Gott sei's geklagt! - anderes, was mich und mit mir nicht wenige aufrechte deutsche Männer und Frauen mit großer Sorge um die Zukunft unseres Volkes erfüllt und wozu ich unmöglich ja sagen kann. Es ist dies im Wesentlichen zweierlei:

1. Die Auflösung von Sittlichkeit und Recht
2. Die Zerstörung der Kirche und die Entchristlichung unseren Volkes.

Zu 1. Als gut, recht und wahr wird heute deklamiert und praktiziert, was dem Volke nutzt. Wohin dieser Grundsatz führt, kann an vielen erschütternden Beispielen deutlich gemacht werden, so z.B. an der Einführung der "Deutschen Schule", in unserem Land und anderswo, wo man sich, so besonders in der Saarpfalz und im bayrischen Franken, nicht scheute, zu allen, auch den verfänglichsten Mitteln zu greifen, auch zu Lug und Trug, nur eben, um den angestrebten Zweck zu erreichen; ferner an der Art, wie seit Jahren offiziell der Kirchenstreit dargestellt wird, was auf eine völlige Irreführung des Volkes hinausläuft; ferner an der Behandlung der ev. Presse und des ev. Versammlungswesens, an der Verkehrung des Begriffes der Freiwilligkeit in sein Gegenteil anlässlich von Sammlungen und Werbungen zum Eintritt in Organisationen usw. - an diesen wenigen Beispielen, die beliebig vermehrt

werden könnten, wird deutlich, wie hier eine völkische Nützlichkeitsmoral die in Gottes Gebot geforderte Wahrhaftigkeit aufhebt.

Ferner: Deutschland bezeichnet sich selbst als Rechtsstaat. Wie geht damit zusammen, dass es immer noch Konzentrationslager gibt und dass die Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei jeder richterlichen Nachprüfung entzogen sind? Wohin soll es führen, wenn entgegen dem klaren Gerichtsurteil, das in der Sache von Pfarrer Niemöller gefällt wurde und das Niemöller frei gab, von allerhöchster Stelle die Verbringung diesen Mannes, der ein ganzer Deutscher, ein ganzer Christ, ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle ist, ins Konzentrationslager verfügt und Niemöller, der Vorkämpfer der Bekennenden Kirche, damit zum gefährlichen Volksschädling gestempelt wurde? Das ist Rechtsbeugung und klares Unrecht; solches Handeln gefährdet die Würde Deutschlands als eines Rechtsstaates.

Zu 2. Die Zerstörung der Kirche und die Entchristlichung unseren Volkes wird planmäßig auf alle mögliche Weise betrieben. Bei der weltanschaulichen Ausrichtung der Partei und ihrer Organisationen, besonders in deren Schulungslagern, nimmt der oft aufs gehässigste geführte Kampf gegen Kirche und Christentum bekanntermaßen einen breiten Raum ein. Auch die Schule wird heute weithin zu diesem heillosen Kampf missbraucht. Dazuhin erfahren Lehrer, die sich zur Kirche halten und zum christlichen Glauben bekennen - entgegen allen feierlichen Versicherungen von maßgebender Stelle, dass niemand um seines Glaubens und seiner kirchlichen Zugehörigkeit willen Schaden in seinem Amt leiden soll - eine "Sonderbehandlung". Die Inhaftierung von über 800 ev. Pfarrern und Gemeindegliedern im Jahre 1937, meist ohne gerichtliche Handhabe, die zahlreichen Ausweisungen, Redeverbote und sonstigen Maßregelungen, die über Pfarrer, Gemeindeglieder und ganze Gemeinden der Bekennenden Kirche hin und her im ganzen Reich verhängt sind, machen jedem Einsichtigen deutlich, dass es sich hier nicht mehr um bedauerliche Entgleisungen untergeordneter Instanzen handelt, sondern um eine von Partei und Staat selbst gewollte und systematisch durchgeführte Zerstörung der Kirche und Entchristlichung des Volkes.

Wenn ich zusammenfasse, komme ich zu dem Urteil: Dies beides, den Kampf gegen die Kirche und den christlichen Glauben sowie die Auflösung von Recht und Sittlichkeit halte ich für ein Beginnen, das den Fluch Gottes und damit das Verderben unseres Landes nach sich ziehen muss. Im Kampf um und gegen das Recht und den Glauben unserer Väter wird sich das Schicksal unseres Volkes entscheiden. Da ich aber in diesem Kampf niemals mit der derzeitigen (unseligen) Haltung von Partei und Staat einig gehen kann, kann ich auf die 2. Wahlfrage nur mit einem schmerzlichen, aber entschiedenen Nein antworten.

(LKA Stuttgart, Zugang 2005-19, Nachlass Otto Mörke)